



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Stefan Schuster, Inge Aures, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Annette Karl, Arif Tasdelen, Horst Arnold, Ruth Müller, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Harald Güller SPD**

Berichts Antrag zu den Planungen der Staatsregierung beim ÖPNV (365-Euro-Ticket, MVV-Zuschuss u. a.)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr schriftlich und mündlich über ihre aktuellen Planungen im Bereich des ÖPNV zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Wie wird die Einführung eines 365-Euro-Tickets geplant? Welche Berücksichtigung soll dabei der ländliche Raum finden? Mit welchen Kosten rechnet die Staatsregierung für die Einführung eines 365-Euro-Tickets? Mit welchen verkehrspolitischen Auswirkungen rechnet die Staatsregierung durch die Einführung? Welche konkreten Überlegungen gibt es in Bezug auf den Zeitpunkt der Einführung? Inwiefern sollen soziale Kriterien Berücksichtigung finden?
- Wird der Zuschuss, den der Freistaat Bayern dem MVV im Rahmen der Tarifreform Ende 2018 zugesichert hat, auch anderen Verkehrsverbänden gewährt? Falls nein, warum nicht?
- Gibt es konkrete Planungen, den ÖPNV in Bayern kostenlos auszugestalten? Falls ja, welche?
- Welche konkreten Maßnahmen werden derzeit ergriffen und angedacht, um die Barrierefreiheit des ÖPNV voranzutreiben?
- Welche konkreten Maßnahmen werden derzeit ergriffen und angedacht, um ein einheitliches bayernweites elektronisches Ticket einzuführen?
- Welche neuen Angebote für Jugendliche und Schülerinnen und Schüler sind geplant?
- Wie unterstützt die Staatsregierung Kommunen beim Beitritt zu einem Verkehrsverbund? Sind hier weitere, auch finanzielle Unterstützungen (z. B. Übernahme von Beitrittskosten), möglich bzw. beabsichtigt?
- Welche Haltung haben die Kommunen zu den ÖPNV-Plänen der Staatsregierung?
- Welche Strategie verfolgt die Staatsregierung beim ÖPNV kurz-, mittel- und langfristig?

Begründung:

Im Koalitionsvertrag der die Staatsregierung tragenden Parteien CSU und FREIE WÄHLER wurde Folgendes vereinbart:

„Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr deutlich stärken und Zugangshemmnisse zum öffentlichen Verkehr abbauen. Dazu gehört neben dem weiteren Ausbau der Barrierefreiheit auch die Vereinfachung des Tarif- und Ticketsystems: Wir wollen einheitliche Tarif- und Verbundstrukturen in den regionalen Verkehrsräumen voranbringen. Ziel ist die Einführung eines einheitlichen bayern-weiten elektronischen Tickets nach dem Prinzip „Ein Klick – ein Ticket“. Für die großen Städte München, Nürnberg/Fürth/Erlangen, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg wollen wir auf Dauer ein 365-Euro-Jahresticket einführen. Auf dem Weg dorthin schaffen wir innerhalb der Verkehrsverbünde die Voraussetzungen für neue Tarifangebote für Jugendliche sowie Schülerinnen und Schüler.“

(S. 48)

Es ist bisher völlig unklar, wie die Staatsregierung diese Ziele erreichen will und ob sie überhaupt an der Umsetzung arbeitet. Ob und wie ein 365-Euro-Ticket eingeführt werden soll, ist bisher nicht bekannt; ebenso ist kritisch zu hinterfragen, ob dieses Angebot nur für Großstädte gemacht wird bzw. welche Förderung dann für den ländlichen Raum vorgesehen ist. Auch über die genannten neuen Tarifangebote ist bisher nichts bekannt. Berichtet werden soll auch, ob die Staatsregierung sich bereits konzeptionell mit der Möglichkeit eines kostenlosen ÖPNV befasst.

Ein Zuschuss, wie ihn der Freistaat Bayern im Rahmen der Tarifreform dem MVV zugesichert hat, sollte auch anderen Verbänden zugutekommen. Ebenso sollte der Beitritt der noch nicht teilnehmenden Gemeinden zu Verkehrsverbänden unterstützt werden.

Es ist unzweifelhaft, dass wir in Bayern eine Verkehrswende brauchen, denn Mobilität muss in Bayern umweltfreundlicher, bezahlbarer und digitaler werden. Langfristig muss der ÖPNV kostenlos werden. In dieser Legislatur gilt es, zunächst kostenfreie Mobilität für Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln (Schülerinnen und Schüler, Studierende, Seniorinnen und Senioren, Bedürftige) zu schaffen. Gleichzeitig muss die ÖPNV-Förderung so ausgestaltet sein, dass überall in Bayern ein verlässlicher, attraktiver Busverkehr angeboten wird.

Die Staatsregierung muss daher klar und ausführlich darlegen, welche Überlegungen sie derzeit im Bereich des ÖPNV verfolgt.